

Kommentar

Tram als Chance

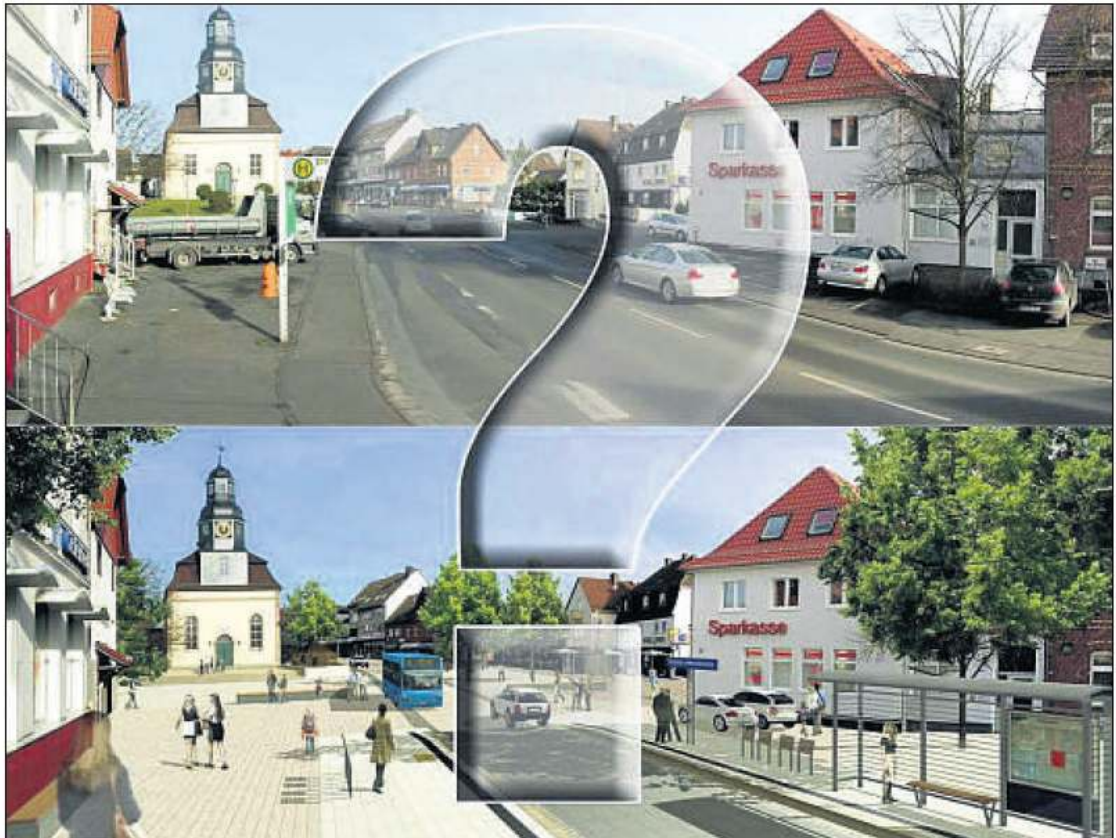


Esther Husung über die Neugestaltungsdebatte für den Ortskern von Ihringshausen

Mit der hohen Verschuldung der Gemeinde Fuldatale begründen SPD und Freie Wählergemeinschaft ihr klares Nein zu der geplanten Umgestaltung des Ihringshäuser Ortskerns.

Grundsätzlich ist es richtig, nur das Geld auszugeben, das man hat. Doch das hätte in diesem Fall statt Weiterentwicklung den Stillstand zur Folge. Der Blick in eine Zukunft, in der nichts geschieht, weil die Gemeinde keine neuen Projekte finanzieren kann, ist düster. Welcher Gewerbetreibende siedelt sich an einem Ort an, wenn er merkt, dass dort nichts getan wird für die Entwicklung? Wer möchte dort noch wohnen? Abwanderung ist programmiert, von Zuzug ganz zu schweigen. Dazu käme: Der Gemeinde gingen Steuereinnahmen verloren, aber die bereits angehäuften Schulden blieben.

Deshalb sollten die Fuldatale Gemeindevertreter die Straßenbahn als Chance und Investition in die Zukunft be- greifen. ehu@hna.de



Alles ist offen: Ob der Ortskern von Ihringshausen neu gestaltet wird (unten), ob die Straßenbahn kommt oder weiterhin nur der Bus fährt, oder ob alles so bleibt (oben), ist derzeit nicht abzusehen. Fotos: Gemeinde Fuldatale/Montage: Köberich

Das Bahn-Projekt wackelt

Neugestaltung Ortsmitte Ihringshausen: Gemeindevertreter noch unentschieden

VON ESTHER HUSUNG

FULDATAL. Die geplante Neugestaltung der Ortsmitte von Ihringshausen hängt am seidenen Faden. Denn der Ausgang der Abstimmung über das Straßenbahnprojekt am kommenden Mittwoch in der Sitzung der Fuldatale Gemeindevertreter ist noch völlig offen. Dabei geht es nicht nur darum, ob der öffentliche Nahverkehr künftig auf der Schiene abläuft, sondern auch um die Zukunft des Ortskerns.

Zurzeit mehren sich die Anzeichen, dass mit der Tram auch der Umbau der Veckerhagener Straße auf Eis gelegt werden könnte. Dann bliebe der Bus als Verkehrsmittel und der Zustand der Straße, wie er jetzt ist.

SPD und FWG dagegen

Nichts anderes lassen die Äußerungen von SPD und FWG vermuten. Sie lehnen aus Kostengründen sowohl die Tram als auch Weiterentwicklung ab. „Es geht uns nicht darum, ob mit oder ohne Straßenbahn. Beide Varianten sind nicht finanzierbar“, sagt Gabriele Künzer, stellvertretende Vorsitzende der SPD-

Fraktion. Stattdessen schlägt ihre Partei „punktuelle Verbesserungen“ vor. Die größere Lösung - die Veränderung von Fahrbahn, Gehwegen und Parksituation - steht bei den Sozialdemokraten jedoch nicht zur Diskussion.

Die hohe Verschuldung der Gemeinde vor dem Hintergrund der Finanzkrise führt der Vorsitzende der FWG-Fraktion, Klaus Krieb, als Argument gegen die Neugestaltung ins Feld: „Ob Zuschüsse kommen, ist sehr fraglich. Man muss erst mal wissen, wie viel Geld zur Verfügung steht. Dann kann man planen.“

Ganz klar für eine qualitative Veränderung der Situation im Ortskern sprechen sich CDU und Grüne aus - Straßenbahn inklusive. „Wir müssen die Infrastruktur verbessern. Die Bahn ist eine Investition in die Zukunft, die einen Mehrwert hat. Das wird sich rechnen“, sagt Clemens Schöler, Vorsitzender der CDU-Fraktion, die mehrheitlich dafür ist, in der es allerdings auch Kritiker gibt.

Dass die Variante mit Straßenbahn in der Bevölkerung auf breite Ablehnung stößt, führt Thomas Ackermann,

Vorsitzender der Grünen-Fraktion, darauf zurück, dass die Gemeinde es verpasst habe, die Bürger mitzunehmen. „Die Information war lückenhaft. Die Kernaussagen kamen zu spät. Das ist schade.“ Ackermann ist sich sicher, dass es ein Bürgerbegehren geben wird. „Egal, wie es ausgeht. Wir rechnen damit.“

Kein einheitliches Bild haben nach Aussage von Klaus-Dieter Sänger die Liberalen. „Aber wir sind mehrheitlich

für die Straßenbahn“, bekräftigt der Vorsitzende der FDP-Fraktion.

Trotz des unterschiedlichen Meinungsspektrums hat Fuldatales Bürgermeisterin Anne Werderich (FDP) das Projekt noch nicht abgeschlossen: „Es ist alles offen. Eine deutliche Mehrheit gibt es nicht. Weder für die Variante mit Bus noch für das Konzept mit Straßenbahn.“ Ganz klar ist für sie jedoch, dass das Ortszentrum attraktiver werden muss.

STICHWORT

Bürgerbegehren, dann Bürgerentscheid

Ein Bürgerbegehren richtet sich gegen einen Beschluss im Parlament. Um ein solches Begehren anzugehen, müssen zehn Prozent der Wahlberechtigten unterschreiben. Es muss eine Frage gestellt werden, im aktuellen Fall zum Beispiel: Wollen Sie eine Neugestaltung mit Straßenbahn?, die mit Ja oder Nein zu beantworten ist.

Ebenso erforderlich ist ein Finanzierungsvorschlag. Wenn die Kriterien erfüllt sind, hat das Bürgerbegehren eine rechtliche Grundlage

und kann im Parlament eingebracht werden.

Die Fraktionen im Parlament müssen dann feststellen, ob alle Voraussetzungen erfüllt sind, und anschließend einen Termin für einen Bürgerentscheid festsetzen.

Um den Bürgerentscheid gültig zu machen, müssen mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen. Die Zustimmung von mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten ist nötig, um den Bürgerentscheid durchzusetzen. (ehu)

HINTERGRUND

Zwei Varianten zur Diskussion

Bei beiden Lösungen, einmal mit und einmal ohne Tram, soll die Fahrbahn verengt werden, um Gehwege und Parkstreifen großzügiger zu gestalten. Im Bereich des Rathauses ist ein Kreisell angedacht. Der Ortskern soll ein Platz zum Verweilen werden.

- ohne Straßenbahn: Das Busnetz wird optimiert. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6,3 Millionen Euro, für die Gemeinde fallen 1,9 Millionen Euro an, für die Anlieger 2 Millionen Euro.

- mit Straßenbahn: Diese Lösung sieht eine gemeinsame Nutzung der Straße durch Tram und Kfz-Verkehr vor. Ergänzend sollen Busse fahren. Kosten: gesamt 23 Millionen Euro, für die Gemeinde: 4,5 Millionen Euro, für Anlieger: 1,4 Millionen Euro. (ehu)